

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

Fünftägige Sitzung vom 16. Februar.

Präsident v. Jordanbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Am Ministertische: v. Mühler und mehrere Regierungs-Kommissare, später Graf zu Eulenburg.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preussischer Unterthan, sowie über den Eintritt in fremde Staatsdienste.

Die Kommission hat den vom Herrenhause beschlossenen Gesetzentwurf mehrfach abgeändert, namentlich hat sie durchweg das Wort „Unterthan“ umgeändert in „Preuße“.

Der Berichterstatter Abg. Jacobi (Pegnitz) begründet die Kommissionsanträge mit einigen Worten. — Die Abg. v. Bodum-Dolfs und Windthorst (Lüdinghausen) haben eine ganze Reihe von Amendements eingebracht, die verlesen werden, ebenso die Abgg. Eugen Richter (Königsberg) und Miquel und Genossen.

In der Generaldiskussion ergreift zuerst der Abg. v. Brauchitzsch (Platow) gegen die Vorlage das Wort. Er erklärt, daß er gegen den materiellen Inhalt des Gesetzentwurfes nach den Kommissionsbeschlüssen nichts Wesentliches zu erinnern habe, daß ihm aber die Minimierung des Wortes „preussischer Unterthan“ und „Preuße“ zu den erheblichsten Bedenken Veranlassung gebe. Der Redner beruft sich auf Rönne's Staatsrecht und Wagner's Staats-Lexikon, um nachzuweisen, daß das Wort „Unterthan“ den konstitutionellen Begriffen nicht widerspreche. Abg. v. Vinde habe im Jahre 1861 bei Gelegenheit der Grundsteuerberatung sich ebenfalls für die Annahme des Wortes „Unterthan“ erklärt, indem er darunter die Unterthänigkeit unter Gesetz und Verfassung verstand und Abg. Waldeck habe ebenfalls erklärt, daß es selbstverständlich sei, daß in Preußen das Wort „Unterthan“ nur „Staatsunterthan“ bedeute. Er halte deshalb das Wort „Preuße“ an dieser Stelle für nicht genügend, er halte die Kommissionsanträge für eine Verschlechterung des Gesetzes und empfehle deshalb die Wiederherstellung der Fassung des Herrenhauses in dieser Beziehung. (Beifall rechts.)

Abg. zur Negebe ist der Ansicht, daß alle Parteien das Wort „Preuße“ annehmen könnten, es sei ästhetischer als das Wort „Unterthan“. Glauben Sie, so fügt er hinzu, daß das Wort „Unterthan“ einen so großen Werth hat? Wollen Sie die Krone Preußen unterstützen, so unterstützen Sie dieselbe in der freiherrlichen Entwicklung unserer Institutionen, dann werden Sie der Krone den Glanz verleihen, „der nicht von dieser Erde stammt, sondern in den Himmelshöhen wipfelt“. (Heiterkeit.) Das ist das rechte Königthum von Gottes Gnaden! Stellen Sie dies her, so werde ich mit Ihnen rufen: Hoch über das Königthum von Gottes Gnaden. (Beifall links.)

Abg. Waldeck berichtigt die Anführungen des ersten Redners, der seine im Jahre 1861 gesprochenen Worte unvollständig wiedergegeben habe. Er habe damals gerade ausgeführt, daß es juristisch nicht richtig sei, in einem konstitutionellen Staate, in welchem drei Faktoren die gesetzgebende Gewalt ausüben, das Wort „Unterthan“ zu gebrauchen. An dem Worte sei so viel gar nicht gelegen, aber wenn dasselbe in der jetzigen Zeit wieder hergestellt werden solle, dann müsse man den richtigen Ausdruck wählen. Das vorliegende Gesetz solle in Preußen das Recht des modernen Rechtsstaates herstellen; man würde den neuen Ländern ein schlechtes Geschenk machen, wenn man ihnen das Wort „Unterthan“ importiren wollte in ihre früheren konstitutionellen Staatsrechte. Man dürfe ihnen das Wort, welches die Verfassung hingestellt hat, nicht entziehen, denn sie seien keine Unterthanen, sie seien Staatsbürger.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

In der Spezial-Diskussion über §. 1 vertheidigt Abg. Windthorst (Lüdinghausen) das von ihm gestellte Amendement, dessen Wortlaut nicht mitzutheilen ist, weil dasselbe noch nicht gedruckt vorliegt. §. 1 enthält die Bedingungen, welche die Eigenschaft als Preuße begründen sollen; das Amendement will diese auch durch Niederlassung eines Angehörigen des norddeutschen Bundes herstellen. Er bezeichnet diese Bestimmung als eine notwendige Konsequenz des Indigenatgesetzes.

Abg. v. Bonin (Genthin) erklärt, daß er und seine Freunde für die Kommissionsfassung stimmen werden. Ihm sei seine Unterthanenpflicht vollständig bekannt und er sei bereit, dieselbe nach jeder Richtung hin anzuerkennen. Für das Wort „Unterthan“ könne er nicht stimmen, daran hindere ihn Art. 3 der Verfassung, der ebenfalls das Wort „Preuße“ gebrauchte. Das vorliegende Gesetz sei im Wesentlichen eine Ausführung des Art. 3. Das Wort „Preuße“ habe auch eine viel größere Bedeutung als das Wort „preussischer Unterthan“. Man sänge: „Ich bin ein Preuße“; was würde man sagen, wenn geungen würde: „Ich bin ein preussischer Unterthan!“ (Heiterkeit.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Die

Regierung legt Werth darauf, daß das Wort „preussischer Unterthan“ stehen bleibt. Unter diesem Ausdruck versteht die Regierung nichts weiter als „preussischer Staatsbürger“. Wenn der Abg. Waldeck sagt: Wir sind keine Unterthanen, wir sind Staatsbürger, so erkenne ich diesen Gegensatz nicht an; wir sind preussische Staatsbürger und darum preussische Unterthanen. Das Wort „preussischer Unterthan“ hat hier eine bestimmte Bedeutung und wenn sie diesen Ausdruck durch einen andern ersetzen wollen, so könnte es eher der sein „preussischer Staatsbürger“. (Heiterkeit.) Das Gesetz handelt von der Erwerbung des preussischen Staatsbürgerrechts, nicht von der Landmannschaft. In allen Verträgen mit auswärtigen Staaten steht das Wort: „Unterthan“. Kein englischer Minister wird sich scheuen, einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem von „englischen Unterthanen“ die Rede ist und kein Engländer wird darin eine Beschränkung seiner Freiheit sehen. (Beifall rechts.) Wollen Sie konsequent sein, so würden Sie in Zukunft jedem Antrage Ihre Zustimmung versagen müssen, in dem das Wort „preussischer Unterthan“ steht. (Beifall rechts.)

Abg. Libelt (Pole) stellt den Antrag, statt des Wortes „Preuße“ zu setzen: „preussischer Unterthan“.

In der weiteren Spezial-Diskussion erklärte sich der Regierungskommissar Graf zu Eulenburg gegen das Windthorst'sche Amendement sowohl aus theoretischen als aus praktischen Gründen. — Die Abgeordneten Ebertz und Miquel vertheidigen dasselbe, ebenso den Ausdruck „Preuße“ in der Kommissions-Fassung. — Abg. Simon v. Zastrow erklärt sich für die Regierungsvorlage, weil der Ausdruck „preussischer Unterthan“ das einzige Korrelat für das vom Abg. zur Negebe hervor gehobene Königthum von Gottes Gnaden sei. — Abg. Ewerßen befürwortet das Windthorst'sche Amendement, weil dasselbe dem Geiste der norddeutschen Bundes-Verfassung entspreche, ja durch dieselbe bedingt sei. — Abg. Windthorst ändert sein Amendement dahin: „für einen Angehörigen des norddeutschen Bundes durch Niederlassung und Erklärung.“

Bei der Abstimmung wird das Amendement Libelt abgelehnt; das Amendement Windthorst (Lüdinghausen) bei Zählung mit 167 gegen 150 einstimmig angenommen. — In Folge dieser Abstimmung beantragen die Abgg. v. Bodum-Dolfs und Windthorst (Lüdinghausen) hinter §. 4 folgenden §. 5 einzuschließen: „Angehörige des norddeutschen Bundes, welche sich in Preußen niedergelassen haben, werden Preußen, sobald sie ihre Absicht, dies sein zu wollen, dem Landrathe ihres Wohnortes, in Städten aber, welche nicht zu einem Kreise gehören, der Ortspolizeibehörde schriftlich oder zu Protokoll erklärt haben. Ueber die Abgabe dieser Erklärung ist eine Bescheinigung zu erteilen.“ Dieser Paragraph wird bei Zählung mit 166 gegen 165 Stimmen abgelehnt.

Abg. Uhlenhorff beantragt namentliche Abstimmung. Das Resultat der Abstimmung ist die abermalige Ablehnung des Amendements mit 170 gegen 164 Stimmen, wodurch auch das oben angenommene Amendement Windthorst wieder abgelehnt ist.

Minister v. Schow überreicht einen Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung der Verordnung vom 28. September 1867 über die Ablösung von Reallasten des Domänenfiskus in der Provinz Hannover auf die übrigen Reallasten. Die Vorlage soll durch Schlussberatung erledigt werden. Der Präsident ernennet zum Referenten den Abg. Miquel.

Der Finanzminister v. d. Heydt überreicht einen Gesetzentwurf, betreffend die Schließung der ehemaligen nassauischen Unteroffizier-Witwen- und Waisenkasse und Uebernahme der Bestände und Verpflichtungen auf die Staatskasse. — Der Beschluß über die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage wird bis nach dem Druck derselben ausgesetzt.

Die durch diese Vorlagen unterbrochene Abstimmung wird fortgesetzt. — Da durch die vorige Abstimmung das Amendement von Bodum-Dolfs und Windthorst definitiv abgelehnt ist, wird über §. 1 der Kommissions-Vorschläge abgestimmt und derselbe mit 172 gegen 148 Stimmen angenommen.

Ueber §. 2: „Jedes eheliche Kind eines Preußen wird durch die Geburt Preuße, auch wenn es im Auslande geboren ist. Uneheliche Kinder folgen der Mutter“ wird namentlich abgestimmt. Der Paragraph wird mit 194 gegen 141 Stimmen in obiger Fassung angenommen.

Die §§. 3—6 werden ohne Diskussion genehmigt. §. 7 der Kommissionsvorlage lautet: Die Eigenschaft als Preuße soll nur solchen Ausländern verliehen werden, welche 1) nach den Gesetzen ihrer bisherigen Heimath diepositionsfähig sind, es sei denn, daß der Mangel der Dispositionsfähigkeit durch die Zustimmung des Vaters, des Vormundes oder Kurators des Aufzunehmenden ergänzt wird; 2) einen unbescholtenen Lebenswandel geführt haben; 3) an dem Orte, wo sie sich niederlassen wollen, eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen finden; 4) an diesem Orte nach den daselbst bestehenden Verhältnissen sich und ihre Angehörige

zu ernähren im Stande sind. Von Angehörigen der Königreiche Baiern und Württemberg und des Großherzogthums Baden soll, im Falle der Reziprozität, bevor sie naturalisirt werden, der Nachweis, daß sie die Militärpflicht gegen ihr bisheriges Vaterland erfüllt haben oder davon befreit worden sind, gefordert werden.

Abg. Bodum-Dolfs beantragt Streichung des letzten Alinea.

Abg. Richter (Königsberg) beantragt: a) dem Eingange folgende Fassung zu geben: Die Eigenschaft als Preuße ist solchen Ausländern zu verleihen, welche b) der Nr. 2 folgende Fassung zu geben: nach den Gesetzen ihrer bisherigen Heimath sich im Besitze der bürgerlichen Rechte befinden, c) in Nr. 4 die Worte zu streichen: nach den daselbst bestehenden Verhältnissen, d) ebendasselbe hinter „Angehörige“ zu allegiren: §. 10, e) am Schlusse des Paragraphen hinzuzufügen: Sind die vorbezeichneten Erfordernisse vorhanden, so darf die Naturalisation nicht verweigert werden (Art. 3 der Verfassungs-Urkunde.) (Schluß folgt.)

## Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags den Vice-Oberstleutnant Grafen Königsmarck, der für die ihm erteilte Ordens-Decoration seinen Dank darbrachte und außerdem mehrere höhere Offiziere des Garde-Korps, welche zu höheren Stellen befördert worden sind. Demnächst erteilte der König dem Adjutanten des Großfürsten Nikolaus von Rußland, Kapitän Stroufzoff, Audienz; derselbe ist beauftragt, dem Großherzog von Weimar mehrere Pferde als Geschenk zuzuführen. Hieran schloß sich ein längerer Vortrag des Militär-Kabinetts und eine Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Zum Diner hatte der weimarische Staatsminister v. Bapdorf Einladung erhalten und Abends wohnte der Kgl. Hof der Vorstellung im Schauspielhause bei.

Der Erbprinz und die Erbprinzessin Leopold von Hohenzollern sind gestern Vormittags halb 11 Uhr nach Dresden abgefahren, woselbst heute das Geburtsfest der Erbprinzessin vom Prinzen und der Prinzessin Georg von Sachsen, Schwester der Erbprinzessin, durch ein Diner gefeiert wird, an welchem auch der Prinz Albrecht von Preußen Theil nimmt. Der Erbprinz kehrt morgen Abend nach Berlin zurück. Die Erbprinzessin wird bis zum Sonnabend zum Besuch bei der Schwester verweilen.

Die Gräfin von Flandern (geborene Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen) befindet sich, wie es heißt, in interessanten Umständen, was insofern nicht ohne politische Bedeutung ist, als ihr Gemahl seit dem jüngst erfolgten Tode des belgischen Kronprinzen Thronfolger in Belgien ist.

## Ausland.

Wien, 16. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde die Resolution des galizischen Landtages dem Verfassungsausschusse zur Berichterstattung überwiesen, nachdem sich die Regierung damit einverstanden erklärt hatte.

Triest, 8. Februar. Eins der großartigsten Phänomene und Naturschauspiele bietet seit einigen Tagen unser Golf dar. Triest, der weite Busen, der sich vor der Stadt ausbreitet, und die umliegenden Thäler sind mit einem dichten, starren Nebelmeer bedeckt, während über demselben der schönste italienische Himmel sich wölbt, die Sonne im vollsten Frühlingsglanze prangt und auf dem Karst die Pflanzen zu keimen anfangen und Käfer und Schmetterlinge lustig umherflattern. Von dem seiner sonstigen Aussicht wegen berühmten Obelisken auf dem Opfshinaberg aus ist das Schauspiel ein wirklich imponantes. Von Triest, seinem mit Schiffen beladenen Hafen, vom Golf ist nichts zu sehen — Alles mit einem undurchdringlichen Wolkenmeer bedeckt, aus welchem nur die bedeutenderen Höhen der Umgebung wie Inseln hervorragen. Unter diesem Wolkenmeer feuchte Winterkälte, Nacht und Nebel — oberhalb desselben Licht, Wärme, Frühlingsduft. Leichte Westbrisen haben die Lagunennebel der italienischen Küste in den Golf hinaufgetrieben, wo sie, von den ihn einschließenden Höhen aufgehalten, sich zu einer dichten, starren Masse zusammengeballt haben, welche die Sonne nicht zu durchdringen im Stande ist.

Paris, 16. Februar. Ueber die belgische Eisenbahn-Angelegenheit schreibt heute „Public“: Es existirt keine belgische Frage, wohl aber eine von dem belgischen Ministerium zu ungelegener Zeit aufgeworfene, sehr ernste volkswirtschaftliche Frage. Wir wissen nicht, ob dieselbe durch wohlberathene Repräsentanten Seitens Frankreichs, oder aber durch den Sturz des gegenwärtigen Kabinetts in Brüssel gelöst werden wird. — Auch „Patrie“ bringt einen neuen Artikel gegen die belgische Regierung.

London, 16. Februar. Die Thronrede, mit welcher das Parlament seinen Eröffnung wurde, lautet:

Mylords und meine Herren!

Ich wende mich an Ihren Rath so früh als nur irgend die durch den Rücktritt der letzten Verwal-

tung erforderlichen Einrichtungen gestatten. Mit besonderem Interesse darf ich Ihnen die Wiederaufnahme Ihrer Arbeiten in einem Augenblicke empfehlen, in welchem der aus dem Volke hervorgehende Zweig der Gesetzgebung gewählt worden ist mit dem Vortheile einer sehr bedeutenden Wahlrechtsvermehrung meines treuen und loyalen Volkes. Ich bin in der Lage, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß die Beziehungen mit allen fremden Mächten andauernd die freundschaftlichsten sind, und ich habe die Genugthuung zu glauben, daß dieselben aufrichtig die Wünsche theilen, von welchen ich für die Aufrechterhaltung des Friedens befehle bin. Ich werde zu jeder Zeit bemüht sein, meinen ganzen Einfluß für die Förderung dieses wichtigsten Gegenstandes auszubieten. In Gemeinschaft mit meinen Verbündeten bin ich bestrebt gewesen, durch freundschaftliche Zwischenkunft einen Ausgleich in den Differenzen herbeizuführen, welche zwischen der Türkei und Griechenland sich erhoben haben, und ich freue mich, daß unsere vereinigten Anstrengungen zum Erfolg gehabt haben, einer ernststen Unterbrechung der Ruhe in der Levante vorzubeugen. Ich bin mit den vereinigten Staaten von Nordamerika in Unterhandlung getreten behufs Ausgleichs von Fragen, welche die Interessen und die internationalen Beziehungen der beiden Länder berühren, und ich hege die ernsteste Hoffnung, daß diese Unterhandlungen zum Resultat haben werden, die Freundschaft, welche stets zwischen Amerika und England bestehen sollte, auf eine feste dauerhafte Grundlage zu stellen. Ich habe mit Bedauern vernommen, daß Ruhestörungen in Neu-Seeland vorgefallen sind, und daß dieselben leider auch von Grausamkeiten begleitet gewesen sind. Ich hege das Vertrauen, daß die Kolonial-Regierung und die Einwohner es weder an einer energischen Unterdrückung des Aufstandes, noch an derjenigen der Klugheit und Mäßigung fehlen lassen werden, welche, wie ich erwarte, der Wiederkehr derselben vorzubeugen geeignet sind.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen!

Die Vorschläge für die Ausgaben des kommenden Finanzjahres werden Ihnen unterbreitet werden. Dieselben sind mit sorgfältiger Rücksicht auf die Wirksamkeit der Verwaltungswege aufgestellt worden und werden eine Verringerung der Lasten für das Volk aufweisen.

Mylords und meine Herren!

Die stets wachsenden Bedürfnisse und die vielfachen gestalteten Interessen des Königreiches werden mehrfache Fragen von staatsrechtlicher Bedeutung zu Ihrer Prüfung gelangen lassen.

Die Lage Irlands gestattet mir zu glauben, daß Ihnen die peinliche Nothwendigkeit erspart bleiben wird, zu welcher das letzte Parlament sich bewegen gefühlt hat, die Sicherheiten der persönlichen Freiheit in jenem Lande durch Suspension der Habeas-Korpus-Acte zu beschränken. Ich empfehle Ihnen, den gegenwärtigen Modus bei Vollzug der Parlaments- und der Municipal-Wahlen in Prüfung zu ziehen, und zu erwägen, ob es nicht möglich sein dürfte, weitere Bürgschaften für deren ruhigen Verlauf, Aufrichtigkeit und Freiheit zu schaffen. Es wird Ihnen eine Maßregel vorgelegt werden, die zum Zweck hat, in Bezug auf die Steuerzahlung den auf einzelne Klassen der Gewerbetreibenden lastenden Druck, soweit derselbe einer Abhilfe fähig zu sein scheint, zu mildern. Sie werden ferner ersucht werden, Ihre Aufmerksamkeit einigen Gesetzentwürfen zuzuwenden, betreffend die Erweiterung und Verbesserung des Schulwesens in Schottland; es werden gleichzeitig Gesetze eingebracht werden, welche bezwecken, die erheblichen Einkünfte, welche einige Schulen besitzen, in wirksamere Weise für Erziehungszwecke zur Anwendung zu bringen. Es wird ferner eine Vorlage eingebracht werden, durch welche vermittelt der Einsetzung von Finanz-Kommissionen für die Grafschaften das Prinzip der Repräsentation auch für die Kontrolle der Grafschaftssteuern zur Einführung gelangt. Auch auf die Bankrott-Gesetzgebung werden Sie einen Blick zu werfen haben, und zwar wird es sich dabei um eine wirksamere Vertheilung der Konkursmasse, sowie um die Abschaffung der Schuldhaft handeln. — Die Gestaltung der kirchlichen Angelegenheiten Irlands wird Ihrer Erwägung baldigst unterbreitet werden; die in dieser Frage gebotene Gesetzgebung, welche eine endliche Erledigung herbeizuführen soll, dürfte die erheblichsten Ansprüche an die Weisheit des Parlament machen. Ich bin überzeugt, daß Sie bei der Förderung dieses Werkes jedes berechnete Interesse, das in Betracht kommen kann, sorglich beachten werden, daß Sie sich leiten lassen vom besten Streben, das Gelingen der Religion zu fördern, indem Sie den Prinzipien der Billigkeit und Gerechtigkeit gemäß handeln, daß Sie die Wirkung des einmüthigen Gefühls und der öffentlichen Meinung Irlands an der Hand der Loyalität und des Gesetzes sicherstellen, das Gedächtniß an frühere Kämpfe in jenem Lande verwischen und die Sympathien eines uns geneigten Volkes erhalten und pflegen. Bei jeder Angelegenheit, welche das öffentliche Wohl angeht, und namentlich bei einer so wichtigen, ist es mein Gebet, daß



Hamburg	6 Tag.	151 $\frac{1}{2}$	bz
"	2 Mt.	150 $\frac{1}{2}$	B
Amsterdam	8 Tag.	141 $\frac{1}{8}$	G
"	2 Mt.	—	
London	10 Tag.	6 24 $\frac{3}{4}$	bz
"	3 Mt.	6 23 $\frac{1}{4}$	B
Paris	10 Tg.	81 $\frac{1}{13}$	B
"	2 Mt.	81 $\frac{1}{11}$	B
Bremen	3 Mt.	—	
St. Petersburg	3 Wch.	—	
Wien	8 Tag.	—	
"	2 Mt.	—	
Preuss. Bank	4	Lomb.	4 $\frac{1}{2}$ %
Sta.-Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$	—	
"	5	—	
St.-Schldschr.	3 $\frac{1}{2}$	—	
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—	
Pomm. Pfdb.	3 $\frac{1}{2}$	—	
"	4	—	
" Rentenb.	4	—	
Ritt. P. P. B. A.	4	—	
Berl.-St. E. A.	4	—	
" Prior.	4	—	
Staig.-P. E. A.	4 $\frac{1}{2}$	—	
" Prior.	4 $\frac{1}{2}$	—	
St. Stadt-O.	4 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$	B
St. Börsenhaus-O.	4	—	
St. Schauspielh.-O.	5	100	B
Pom. Chausseeb.-O.	5	102	B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—	
Pr. National-V.-A.	4	115	B
Pr. See-Assicuranz	4	—	
Pomerania	4	120	B
Union	4	111	B
St. Speicher-A.	5	—	
Ver.-Speicher-A.	5	—	
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—	
N. St. Zuckersied.	4	160	B
Mech. Zuckerfabrik	4	—	
Bredower	4	—	
Walzmühle	5	—	
St. Portl.-Cementf.	4	—	
St. Dampfschlepp G.	5	—	
St. Dampfschiff-V.	5	—	
Neue Dampfer-C.	4	97	B
Germania	—	103	B
Vulkan	—	105	B
St. Dampfmühle	4	107	B
Pommerensd. Ch. F.	4	205	B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—	
St. Kraftdünger-F.	—	—	
Gemeinn. Bauges.	5	160	B
Grabow Stadt-Obl.	5	—	